

12. Jahrgang / Nummer 10 / Oktober 2007

## Souveränitätsdefizit

*Daß Angela Merkel in den Meinungsumfragen so gut abschneidet, hat sie einer absolut professionellen PR-Arbeit zu verdanken und nicht zuletzt dem Eindruck, sie betreibe eine erfolgreiche Außenpolitik und habe Deutschlands Einfluß in der Welt vorangebracht.*

*Die Frage, was konkret dabei herausgekommen ist und welche deutschen Interessen vertreten und durchgesetzt wurden, stellt dabei niemand. Wenn wir hinter die Fassade schauen, sieht die Bilanz mager aus.*

*Beispiel UNO: Ende September hielt die Bundeskanzlerin ihre erste Rede vor der Vollversammlung in New York, sprach über die Erderwärmung und warb vor allem für einen ständigen deutschen Sitz mit Vetorecht im UN-Sicherheitsrat.*

*Merkel sprach vor einem nahezu leeren Haus. Vorher hatte der Italiener Prodi den deutschen Wunsch nach einem Sicherheitsratssitz wieder einmal abgelehnt. Und selbst Merkels Duzfreund Bush zeigte ihr die kalte Schulter. Im Zusammenhang mit einer Erweiterung des Sicherheitsrates nannte er nur Japan. Die USA möchten Deutschland dort nicht dabei haben. Merkel mag im Weißen Haus beliebter sein als Schröder. Eine Belohnung bekommt sie dafür nicht.*

*Um die deutsche Souveränität ist es schlecht bestellt. Deutschland wird von den Amerikanern nicht ernst genommen. In diesem Sommer hat die US-Regierung mehrmals hochrangige Delegationen unter Umgehung der Berliner Regierung in die Bundesrepublik entsandt. Sie wurden bei den Frankfurter Großbanken vorstellig und zwangen diese, ihre seit Jahrzehnten bestehenden Geschäftsbeziehungen zu iranischen Kunden abzubrechen – Beziehungen, die nicht im geringsten gegen das Teilembargo der UNO verstoßen. In Frankfurt war von Erpressung die Rede.*

*Leben wir in einem Protektorat? Selbst der proamerikanischen FAZ platzte der Kragen. Am 22. September beklagte die Zeitung im Wirtschaftsteil (nicht im stets zahmen politischen Teil), daß Deutschland einen Teil seiner außenwirtschaftlichen Souveränität eingebüßt habe. „Weder erfolgte ein Protestgeschrei der deutschen Wirtschaft, noch erhebt die Bundesregierung Einspruch. Weiß die Bundesregierung überhaupt, wann und welche amerikanischen Regierungsvertreter Deutschland ihre Besuche abgestattet haben? Kennt sie Inhalt und Ergebnisse dieser Gespräche? Viel Phantasie braucht es nun nicht mehr, sich vorzustellen, daß nach den Banken die Industrie an die Reihe kommt.“*

*Eine Regierung, die solche Praktiken duldet, hat keinen Platz im Sicherheitsrat verdient. Sie muß erst noch lernen, wie Souveränität buchstabiert wird. Beliebt zu sein ist kein Ersatz für die Vertretung nationaler Interessen.*

BB

## CO<sub>2</sub> und Klimakatastrophe: Hintergründe der Hysterie

Wenn es die Theorie von der menschengemachten Klimakatastrophe nicht gäbe, müßte sie schnellsten erfunden werden: Die Atomindustrie bekommt Aufwind, die Hersteller von Windrädern und Solarzellen kassieren Milliarden-Subventionen, selbst für die Landwirtschaft fällt etwas ab in Form von höheren Getreidepreisen, und für die Politiker ist die Klimakatastrophe überhaupt das Ei des Kolumbus. Sie finden eine neue Existenzberechtigung, sie können Gutes tun und vor allem darüber reden, sie können Steuern und Abgaben erhöhen und die Geschöpften sind noch dankbar dafür, sie können regulieren, kommandieren und den Markt ausschalten – und manche träumen sogar von einer weltweiten Öko-Diktatur. Nicht zu vergessen die in- und ausländische Lobby, die an einer Schwächung der erfolgreichen deutschen Automobilindustrie interessiert ist.

Jetzt entpuppt sich das Ganze zunehmend als Propaganda. Die alarmierenden Verlautbarungen und Prognosen des **UNO-Weltklimarates IPCC**, auf die sich die Politiker berufen, beruhen auf umstrittenen Computermodellen, auf der Ausblendung natürlicher Klimafaktoren und der Unterschlagung von Daten, die nicht in das gewünschte Bild passen:

(1) Nachweislich falsch ist die Behauptung, die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Luft sei heute so hoch wie nie seit Beginn der Industrialisierung. Tatsache ist, daß sie dreimal ähnlich hoch war wie heute, **nämlich 1942, 1857 und 1825**. Ursächlich dafür war der Wechsel zwischen Erwärmung und Abkühlung der Meere, wodurch mehr CO<sub>2</sub> aus dem Wasser freigesetzt wurde.

(2) **Die exakten Messungen von CO<sub>2</sub> in der Luft, die bekanntlich schon im 19. Jahrhundert vorgenommen wurden, werden vom IPCC weitgehend unterschlagen.** Statt dessen werden Eisbohrkerne verwendet, obwohl der amerikanische Mikrobiologe Professor Brent Christner und andere längst nachgewiesen haben, daß die Zusammensetzung der Gasblasen in den Eisbohrkernen durch die Stoffwechselaktivität von Bakterien verändert wird. Eisbohrkerne sind eben keine perfekten Klimaarchive. Zuverlässiger sind selbstverständlich direkte Messungen der Luft. Diese aber werden vom IPCC ignoriert, weil sie nicht in das Katastrophenszenario passen.

(3) In der Luft, die wir einatmen, ist CO<sub>2</sub> nur in winzigen Mengen etwa im Verhältnis 1 zu 3000

enthalten. Heute enthält gut durchmischte Luft 380 ppm Kohlendioxid. Im 19. Jahrhundert lag die Konzentration im Schnitt bei 321, war aber – wie gesagt – gelegentlich ähnlich hoch oder sogar höher als gegenwärtig (ppm = parts per million). **Absolut falsch ist die Behauptung, der vorindustrielle CO<sub>2</sub>-Wert sei konstant gewesen.** (Übrigens: bei einer Konzentration von 1000 ppm sollten bewohnte Räume gelüftet werden.)

(4) **Ein durch Menschen verursachter „Treibhauseffekt“ ist nicht nachweisbar.** Vielmehr war es bei allen acht kleineren und größeren Temperaturanstiegen seit 1800 so, daß erst die Temperatur zunahm und dann mit einer fünfjährigen Verzögerung die CO<sub>2</sub>-Konzentration. Demnach ist weder ein menschengemachter noch ein natürlicher Treibhauseffekt feststellbar. Die Atmosphäre ist kein Treibhaus. Abgesehen davon, schwankt die CO<sub>2</sub>-Konzentration zwischen Tag und Nacht, zwischen Sommer und Winter und sogar zwischen Voll- und Neumond.

(5) **Falsch ist auch, daß Erwärmung nur als Katastrophe und CO<sub>2</sub> nur als Gift wahrgenommen werden.** In der Erdgeschichte ging es den Menschen immer dann gut, wenn sich das Klima erwärmte. CO<sub>2</sub> wirkt auf Pflanzen wie ein Luftdünger. Weizen z.B. wächst optimal bei 1200 ppm.

(Quelle für alle bisherigen Angaben: die seit 100 Jahren erscheinende Zeitschrift für Energiewirtschaft *ew*, Heft 20/2007. Zur Desinformation des IPPC siehe auch *FAZ* vom 24. Juli 2007.)

Aber wird, so könnte man einwenden, die Theorie von der Klimakatastrophe nicht von angesehenen Wissenschaftlern vertreten, z.B. von **Stefan Rahmstorf** und **Hans Joachim Schellnhuber** vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung?

Dazu zunächst folgendes: Wissenschaftler können ebenso geltungssüchtig, opportunistisch und käuflich sein wie alle anderen Berufe. Wenn sie im Rudel auftreten, irren sie oft gewaltig: siehe den **Club of Rome** 1972, die Legende vom Waldsterben in den achtziger Jahren oder – das ist noch gar nicht so lange her – die angeblich drohende Eiszeit.

Am 5. September haben sieben bekannte Autoren und Forscher in der *FAZ* ausgepackt und enthüllt, daß das Potsdam-Institut (welche Überraschung) von Steuergeldern lebt, daß es die Bundesregierung berät und vor allem, mit welchen Methoden sogenannte „**Klimaleugner**“ verfolgt werden: „Rahmstorf ist seit Jahren unter Journalisten dafür bekannt, daß er über Chefredaktionen oder Herausgeber versucht, Druck auszuüben und ihm nicht genehme Berichterstattung zu unterbinden. Er führt, das hat er in der Wochenzeitung *Die Zeit* stolz zu Protokoll gegeben, eine ‚schwarze Liste‘ von Journalisten, die sich nicht seiner Meinung unterordnen... Wissenschaftler, die nicht seiner Meinung sind, müssen mit Angriffen auf ihre Person rechnen.“ (Näheres dazu auch unter [www.achgut.de](http://www.achgut.de))

Zurück zu den Politikern: Wer mit dem „C“ im Parteinamen nichts mehr anfangen kann, braucht eben Ersatzreligionen. Die eine der beiden hat die Rettung der Welt vor dem Kohlendioxid zum Inhalt, am besten durch Angela Merkel. Dafür werden Tropenwälder in Asien und Brasilien abgeholzt, und Maisanbauflächen in den USA zweckentfremdet, um sogenannten Biosprit zu produzieren, obwohl dessen Ökobilanz schlechter ist als die von konventionellem Benzin und obwohl dadurch die Getreide- und Nahrungsmittelpreise in die Höhe getrieben werden.

In Kauf genommen wird auch, daß die deutschen Verbraucher dank Steuern und Abgaben Strompreise zahlen müssen, die um fast 50% überhöht sind, während die Preise in Frankreich und Spanien durch Subventionierung künstlich niedrig gehalten werden. Das hindert Politiker wie Gabriel aber nicht daran, Eon, RWE & Co. ständig der Preistreiberei zu bezichtigen. **Ohne den Status des Klimaretters wäre Gabriel ein Niemand** – wie übrigens auch Al Gore in den USA, der in seiner Funktion als Politiker früher einmal als Witzfigur galt.

Wahr ist, „daß wir das Erdklima derzeit weder verstehen noch voraussagen können“. Das schrieb Professor **Gottfried Schatz**, als Biochemiker eine internationale Kapazität, am 23. Juli 2007 in der *NZZ*. Die Schlußfolgerung kann nur lauten, die politisch motivierte Hysterie abzuschalten, mehr in die Forschung zu investieren und das noble Ziel des Naturschutzes nicht länger durch Desinformation zu diskreditieren.

## Warum der Euro Deutschland ärmer macht

**Professor Wilhelm Hankel** gehört zu den wenigen deutschen Ökonomen, die den Euro nicht nur von Anfang an abgelehnt haben, sondern ihn trotz scheinbarer Erfolge immer noch aufs Korn nehmen und ihm ein unrühmliches Ende prophezeien.

Tatsächlich darf die Aufwertung des Euro gegenüber der Weltreservewährung Dollar nicht überbewertet werden: beide sind ungedeckte Papierwährungen und damit nur relative Größen. Die Tatsache, daß der Dollar schlechtes Geld ist, ist noch kein Qualitätsausweis für den Euro. Gegen die einzige wirkliche Hartwährung in den Devisenreserven der Zentralbanken, gegen Gold nämlich, hat der Euro seit 1999 mit Unterbrechungen immer nur abgewertet.

**Unterdessen bauen sich die Spannungen im Euro-System unerbittlich auf.** Es ist Hankels Verdienst, daß er in seinem neuen Buch schonungslos den Finger auf die Wunde legt. Jahr für Jahr wächst der Inflationsvorsprung von traditionellen Weichwährungsländern wie Spanien, Portugal und Griechenland gegenüber Deutschland, Benelux und Österreich. Er hat sich inzwischen auf gut 10% kumuliert – mit der Folge, daß die Volkswirtschaften in Südeuropa an Konkurrenzfähigkeit verlieren und mehr importieren als exportieren. **Sie müßten längst abwerten**, können es aber nicht, weil mit dem Euro die Wechselkurse – angeblich unwiderruflich – fixiert wurden.

Hinzu kommt, daß die z.B. in Spanien extrem niedrigen oder sogar negativen Realzinsen (= Nominalzins minus Inflation) einen gewaltigen Kreditboom angeheizt und eine Immobilienblase erzeugt haben, die jetzt zu platzen droht. Hankel rechnet uns vor, daß das **spanische Leistungsbilanzdefizit** mit 8,6% des Bruttoinlandsproduktes 2006 noch größer war als das amerikanische. Gäbe es die Peseta noch, wäre sie an den Devisenmärkten längst abgeschmiert.

Daß die früheren Weichwährungsländer straflos inflationieren, sich verschulden und über ihre Verhältnisse leben können, verdanken sie vor allem Deutschland. **Es ist Deutschland, das mit seinen Exporterfolgen die gesamte Außenbilanz der Eurozone über Wasser hält.** Die genauen Zahlen lassen sich dem jüngsten Monatsbericht der Deutschen Bundesbank entnehmen:

\* 2004 war die **Leistungsbilanz der Europäischen Währungsunion** (darin enthalten sind Warenhandel, Dienstleistungen und anderes) noch mit 60,7 Milliarden Euro im Plus, 2006 aber mit 9,7 Milliarden im Minus.

\* Immerhin war sie damit im Gegensatz zur desaströsen amerikanischen Leistungsbilanz nahezu ausgeglichen. Aber nur dank der deutschen Überschüsse. Der Saldo der **deutschen Leistungsbilanz** betrug 2006 knapp über 117 Milliarden Euro. Noch eindrucksvoller ist die deutsche Leistung, wenn wir nur die **Handelsbilanz** betrachten: 2006 exportierte die Bundesrepublik für 162 Milliarden Euro mehr als sie importierte.

\* Mit anderen Worten: ohne den deutschen Beitrag wäre die Außenbilanz der Währungsunion kräftig im Minus. Und damit wäre der Euro weniger stark als er es bisher tatsächlich war.

Bemerkenswert ist nun die Schlußfolgerung, die Professor Hankel aus diesem Befund zieht: Als die deutsche Leistungsbilanz noch in D-Mark abgerechnet wurde, so erläutert er, sei sie dank DM-Aufwertung, dank tiefer Zinsen im Vergleich zum Rest der EU und dank einer guten Geldversorgung voll der deutschen Volkswirtschaft zugute gekommen. Der deutsche Exporterfolg habe wie eine Konjunkturspritze gewirkt, die Binnenwirtschaft belebt und den Arbeitsmarkt entlastet.

**„Diesen Beitrag des deutschen Exportsektors für die eigene Binnenwirtschaft hat der Euro gründlich zerstört“, urteilt Hankel.** Warum? Weil (vereinfacht ausgedrückt) die deutschen Überschüsse nicht mehr Deutschland zugute kommen, sondern von anderen verfrühstückt werden. „Deutschland finanziert automatisch und geräuschlos die Defizite seiner Euro-Partner.“

Das wäre dann – neben den hohen Netto-Zahlungen an die EU-Kasse und neben den europäisierten Geldschöpfungsgewinnen der Bundesbank – ein weiterer Preis, den Deutschland für den Euro zahlt. Und zwar eine Art von „deutscher Entwicklungshilfe“ für die Weichwährungsländer. **Laut Hankel führt der Euro zu einem „Verarmungseffekt“ für Deutschland.** Und damit liefert der Währungsfachmann tatsächlich die erste plausible Erklärung für die seit längerem auffällig schwache Binnenkonjunktur in Europas größter Volkswirtschaft. **Deutschland exportiert und exportiert, hat aber nichts davon.**

Ein Manko des anregenden Buches liegt allenfalls darin, daß die Euro-Problematik auf den 247 Seiten nicht ausdiskutiert wird, weil auch Globalisierung, Renten und das Steuersystem zur Sprache kommen, und daß der Text einiges an

volkswirtschaftlichem Grundwissen voraussetzt. Professor Hankel ist bekennender Keynesianer und stört sich als solcher nicht unbedingt an höheren Staatsschulden und an höheren Steuern. Hier werden ihm viele Leser nicht folgen wollen. Schlichtweg falsch ist die Behauptung, die Steuerpläne von **Professor Kirchhof** hätten die Zeit von vor 1840 wieder hergestellt. Kirchhofs Steuerkonzept hätte vielmehr das System radikal vereinfacht, für mehr „Gerechtigkeit“ gesorgt, Deutschland vitalisiert und die politische Klasse teilentmachtet - weswegen Kirchhof dann auch torpediert und selbst von der CDU im Stich gelassen wurde.

**Wilhelm Hankel, Die Euro Lüge ... und andere volkswirtschaftliche Märchen, 247 Seiten, geb., Signum Verlag, München/Wien 2007, € 19,90.**

## Ein goldgedeckter Euro ist notfalls machbar

Wäre es möglich, die umlaufenden Euro-Banknoten durch Gold zu decken und damit den Euro zu einer echten Goldwährung zu machen? Durchaus. Es wurde sogar schon einmal erwogen, nämlich von einer Arbeitsgruppe des **Europäischen Währungsinstituts** in den neunziger Jahren. (Das EWI war der Vorläufer der Europäischen Zentralbank.)

Einfache Rechnung: Mit Stichtag 28. September besaß das Eurosystem **Gold und Goldforderungen** im Gegenwert von 186,233 Milliarden Euro, und zwar bewertet zu € 520,312 je Unze zum Quartalsende. Gleichzeitig wurde der **Banknotenumlauf** in der Eurozone mit 637,292 Milliarden ausgewiesen. Unter einem Goldstandard haben die Bürger bekanntlich das Recht, ihre Geldscheine jederzeit in Gold einzulösen. Da dies aus praktischen Gründen nie alle tun, genügt normalerweise eine Drittel-Deckung. Das war auch unter dem Goldstandard vor 1914 nicht anders.

Zwar reicht ein Goldpreis von 520 Euro je Unze für eine vernünftige Deckung nicht aus. Aber die EZB könnte den Preis höher, etwa bei 800 oder 850 Euro fixieren. **Sie würde dann jederzeit Gold zu dem neuen, festen Preis ankaufen** – und dafür Banknoten ausgeben. Das ist gegenwärtig nur Theorie, könnte aber im Zuge einer großen Währungskrise durchaus auf die Tagesordnung kommen.

## Memoiren eines Egomanen

Bei den gerade erschienenen Erinnerungen des früheren Straßenkämpfers und Außenministers **Joseph Fischer** handelt es sich um eine Mischung aus Selbstbeweihräucherung und Geschichtsklitterung. Typisch, wie er z.B. seine Teilnahme am anti-israelischen **Solidaritätskongreß der PLO** in Algier rechtfertigt. Auf einer SDS-Versammlung in Frankfurt sei 1969 gefragt worden, wer zu diesem Kongreß reisen wolle. „Und da sich kein anderer Arm hob, tat ich es eben, denn dies war eine gute Gelegenheit, die erste Flugreise meines Lebens zu unternehmen und Algerien zu besuchen.“

Dann ergeht sich Fischer lang und breit darüber, wie er 1999 gegen den Widerstand großer Teile der Grünen die deutsche Teilnahme am **Balkankrieg** der USA durchsetzte. Er geniert sich nicht einmal, seine damalige Rechtfertigung des Krieges („Nie wieder Auschwitz“) zu wiederholen. In Wahrheit wandelte sich Fischer damals über Nacht vom Pazifisten zum Kriegsbeifürworter, weil Rot-Grün im September 1998 die Bundestagswahl gewonnen hatte, weil er Außenminister werden wollte und weil man ihm aus Washington im Herbst 1998, noch vor seiner Ernennung zum Außenminister, unmißverständlich mitgeteilt hatte, **er brauche sein Amt gar nicht erst anzutreten, wenn er den Krieg ablehne.**

## **Notizbuch**

■ Am Morgen des 5. Oktober begann in Fulda der Kongreß „Freude am Glauben“ mit einem vom Bischof zelebrierten Pontifikalamt und der Verlesung eines päpstlichen Grußwortes. Am Nachmittag desselben Tages legte der hessische Staatsminister **Rhiel** (CDU) die Schirmherrschaft des Kongresses nieder. Begründung: ein Vortrag der Journalistin **Eva Herman** über das „Selbstverständnis der Frau“ vor den knapp 2000 Teilnehmern. So feige können CDU-Politiker sein.

■ Eine Reihe von Äußerungen amerikanischen Generale und auch von Präsident Bush deuten seit Juli darauf hin, daß Washington nach einer zusätzlichen Rechtfertigung für einen Angriff auf Persien sucht. Behauptet wird, daß Teheran Waffen in den Irak schmuggelt und den dortigen Bürgerkrieg schürt. (Daß der Iran an der Atomwaffe arbeitet, konnte bisher nicht bewiesen werden.) **Vorstellbar ist deswegen, daß sich eine US-Militäraktion zunächst nicht gegen die Nuklearanlagen richten würde, sondern gegen militärische Einrichtungen.** Nach der pro-amerikanischen Neuausrichtung der Pariser Außenpolitik dürfte es Bush leichter fallen, eine neue „Koalition der Willigen“ zusammen mit England, Frankreich und Deutschland auf die Beine zu stellen.

■ **Zum Hintergrund der Iran-Krise:** Seit dem Gipfeltreffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit im August und den russisch-chinesischen Militärmanövern im Ural gewinnt ein eurasischer Block an Kontur, der gegen das amerikanische Vordringen in Zentralasien gerichtet ist. Persien nahm auf dem Gipfel nur als Beobachter teil, spielt jedoch wegen seines wirtschaftlichen Potentials und seiner Lage eine Schlüsselrolle für die russisch-chinesische Strategie. **Ein Iran unter amerikanischer Kontrolle wäre ein schwerer Schlag für die Ambitionen Moskaus und Pekings.** (Beachten Sie in diesem Zusammenhang die in Moskau sehr genau registrierte Äußerung der früheren Außenministerin **Albright**, wonach Sibirien und seine Bodenschätze nicht Rußland, sondern „der Menschheit“ gehörten.)

■ **Gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan gibt es zwei Argumente: ein bekanntes und ein weniger bekanntes.** Das bekannte lautet, daß die Afghanen noch mit jeder fremden Besetzung fertig geworden sind, mit der britischen im 19. Jahrhundert ebenso wie mit der russischen Ende des 20. Jahrhunderts, daß auch die derzeitige mit einem Rückzug enden wird und daß sich spätestens dann herausstellen wird, daß die Soldaten einer verfehlten Politik geopfert wurden. **Das zweite Argument betrifft die islamische Atommacht Pakistan.** Die dortige Regierung steht wegen ihres Bündnisses mit Washington unter starkem Druck. Wird sie gestürzt und kommen anti-amerikanische Kräfte an die Macht, droht eine militärische Intervention der USA. Dann weitet sich der Afghanistankrieg aus, und die Bundeswehr findet sich in einem größeren Konflikt wieder, nachdem der kleinere nicht gewonnen werden konnte. Je länger der Entschluß, abzuziehen, hinausgeschoben wird, desto schwieriger wird er. **Am Ende ist er unvermeidbar.**

■ Solange die CDU-Führung ihre Stammwähler links liegen läßt, besteht Bedarf für eine gemäßigt rechte Partei. Die Lücke möchte die Wählerversammlung **Bürger in Wut (BIW)** schließen. Kürzlich hatte ich Gelegenheit, deren Gründer und Chef **Jan Timke** etwas näher kennenzulernen. Er weiß, was er tut, und er hat größere Fehler bisher vermieden. Er hat sich von Splittergruppen und ihren Querelen ferngehalten; er vermeidet lange Programmdiskussionen, weil er weiß, daß eine neue Gruppierung zunächst immer nur aus Protest gewählt wird; und er konzentriert die Kräfte auf Wahlen, die eine echte Chance bieten. Das war zunächst **Bremen**, wo bei den Landtagswahlen eine einzige Stimme zum Einzug in die Bürgerschaft fehlte. Jetzt laufen die Vorbereitungen für die nächste **Europa-Wahl**. Timke ist ein bürgerlich-konservativer Typ, es wird dem politischen Gegner sehr schwer fallen, ihn in die radikale Ecke zu stellen. Über die Finanzkraft und die Mitgliederzahl der BIW konnte ich nichts in Erfahrung bringen. Offenbar steht ein größerer Kreis von Förderern hinter der Organisation. Mit **Udo Ulfkotte**, der klugerweise auf die Gründung einer eigenen Partei verzichtet hat und zu den BIW gestoßen ist, soll das emotionale Thema der Islamisierung besetzt werden.

■ **Redaktionsschluß:** 10. Oktober 2007

**Bruno Bandulet**

### DeutschlandBrief

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Dr. Bruno Bandulet.  
Verlag und Redaktion: Bandulet Verlag GmbH, Kurhausstraße 12, D-97688 Bad Kissingen, Tel. 0971/ 68257, Fax 0971/69056.  
Internet: [www.bandulet.de](http://www.bandulet.de), ePost: [info@deutschlandbrief.net](mailto:info@deutschlandbrief.net)  
Der DeutschlandBrief erscheint in der Regel monatlich. Jahresabonnement EUR 46 inkl. MWSt und Porto innerhalb Europas. Bezug gegen Vorauszahlung. Keine Haftung bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt. Copyright by: Dr. Bruno Bandulet. Titel, Inhalt und Layout sind urheberrechtlich geschützt. Druck: Walz Druck Center, Hammelburg.